

Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Abschaffung der Zuständigkeit der Länder für den Betrieb, Bau und die Unterhaltung von Bundesfernstraßen (Auftragsverwaltung) verhindern!

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Planungen des CSU Verkehrsministers, den Ländern die Zuständigkeit für Management und Unterhaltung von Bundesfernstraßen („Auftragsverwaltung“) einschließlich der Finanz- und Personalmittel zu entziehen, die Zuständigkeit in eine Bundesfernstraßengesellschaft zu überführen und diese an private Dritte zu übertragen im Bundestag abzulehnen.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Pkw-Maut der CSU soll die SPD Bundestagsfraktion vielmehr weitere Initiativen zu den eigentlichen Problemen der Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur (einschließlich des Schienennetzes) starten und die Ausdehnung der Lkw-Maut auf das gesamte Straßennetz sowie die Einbeziehung der Fernbusse verstärkt thematisieren.

Begründung

In Berlin wird die Auftragsverwaltung für Autobahnen durch die Senatsbauverwaltung durchgeführt. Die Auftragsverwaltung durch die Länder hat sich bewährt.

Die Planungen des Bundesverkehrsministers sind nicht nur ein Angriff auf den Föderalismus, sie führen auch zu Doppelstrukturen mit erhöhten Kosten und dem Wegfall von Synergieeffekten, da die betroffenen Verwaltungen auch für das gesamte Straßennetz zuständig sind. Die zentralistische Organisation führt auch zum Verlust ortsbezogener Kenntnisse und lokaler Belange. Und sie schwächt die Einflussmöglichkeiten der Landesparlamente bzw. des Abgeordnetenhauses auf Investitionsentscheidungen des Bundes.